



## Niederschrift 49. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 21.03.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:18 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	ab 16:35 Uhr
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Herr Nico Marquardt	SPD	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	ab 17:00 Uhr
Herr Markus Weyh	anerkannter freier Träger	

#### beratende Mitglieder

Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam
Frau Anja Mischur	Polizeiinspektion Potsdam
Frau Lisa Kabitzke	Jugendvertretung
Frau Wiebke Kahl	Kita-Elternbeirat
Herr Pascal Loerch	Kreisschülerrat
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund
Dr. Reiner Pokorny	Komm. Fachbereichsleiter

#### Beigeordnete

Frau Noosha Aubel	Geschäftsbereich 2
-------------------	--------------------

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Björn Karl	CDU/ANW	entschuldigt
Herr René Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	entschuldigt

Herr Rüdiger Schmolke                      anerkannter freier Träger      entschuldigt

**beratende Mitglieder**

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	entschuldigt
Frau Julia Laabs	Kreiselternrat	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

**Gäste:**

Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung
Herr Jan Lesniak	Bereich Grünflächen zum TOP 6.1
Frau Nadine Kronemann	Fachbereich Bildung, Jugend und Sport zum TOP 7.1
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1            Eröffnung der Sitzung
- 2            Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.02.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3            Informationen des Jugendamtes
- 4            Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 5            Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates
- 6            Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1        Stadtwald in Babelsberg entwickeln  
Vorlage: 18/SVV/0962  
Fraktion CDU/ANW  
-Wiedervorlage –
- 7            Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1        Kinderschutzbericht 2018
- 7.2        Sachstandsinformation zum Sanierungsplan für Jugendfreizeiteinrichtungen
- 7.3        Teilerstattung Kita-Elternbeiträge
- 8            Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.02.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 21.02.2019 zur Abstimmung.

Frau Parthum bittet um folgende Korrektur ihrer Aussage auf Seite 12 zum Kinderstadtplan: „Die gedruckte Fassung wird voraussichtlich 2020 vorliegen. Zur digitalen Fassung kann noch keine Aussage getroffen werden.“

Die so geänderte Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über die Tagesordnung.

Der Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

#### **zu 3 Informationen des Jugendamtes**

Herr Dr. Pokorny informiert, dass es in der Landeshauptstadt Potsdam aktuell ca. 130 unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) gibt. Die Zahl der umA stagniert derzeit. Von den 130 umA sind 66 Schüler in Oberstufenzentren oder Regelschulen. Zwei Drittel davon werden bis zum Sommer 2019 die Schule besuchen, ein Drittel bis 2020. 19 umA befinden sich in Ausbildung. Insgesamt sind 100 umA stationär und 30 ambulant untergebracht. Abschließend informiert Herr Dr. Pokorny, dass derzeit verstärkt die Kostenerstattung durch das Land vorangetrieben wird.

Frau Dr. Müller fragt, ob die Probleme mit dem Schulbesuch bei den umA inzwischen gelöst sind.

Herr Dr. Pokorny erklärt, dass das Problem in Gänze nicht gelöst ist. Es gibt immer wieder umA, die zeitweilig die Schule nicht besuchen. Es ist aber sichergestellt, dass alle einen Schulplatz haben.

**Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Frau Frehse-Sevran berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 12.03.2019. Sie teilt mit, dass die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21.02.2019 ausgewertet wurde. Es gab einen Austausch zu Ziel, Zeitplan und Struktur des Jugendhilfeplanes 2019 ff. Im Vorfeld haben die Trägervertreter der Planungsgruppe in Sonderterminen die Themen Leitlinien der Jugendhilfe, Fachkräftemangel/-pflege und Schlussfolgerungen aus der Sozialraum-Evaluation bearbeitet. Die Zwischenstände werden dann in der nächsten Sitzung des Unterausschusses beraten. Eine Erstellung des Jugendhilfeplans in dieser Wahlperiode ist nicht mehr realisierbar.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss mit den Themen befasst, die noch in der laufenden Wahlperiode bearbeitet werden sollten.

Es wird die Mitarbeitendenbefragung des ehemaligen Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie (35) ausgewertet. Daraus entstehen dann die Schwerpunkte, die in die Organisationsuntersuchung des Fachbereichs einfließen sollen. Über die Ergebnisse der Befragung wird sich der Unterausschuss in seiner April-Sitzung befassen.

Der Umfang der Gremienarbeit für die Mitarbeitenden des ehemaligen Fachbereichs 35 wird nochmal im Unterausschuss thematisiert.

Die Verwaltung hat zugesagt, zügig die offenen Betriebskostenabrechnungen zu bearbeiten.

Frau Dr. Müller spricht die Lenkungsgruppe Jugendhilfe-Schule an und fragt ob geplant ist, einen Bericht über das Ergebnis zu geben.

Frau Frehse-Sevran sagt zu, dies im Unterausschuss zu thematisieren.

Herr Ströber berichtet über **AG Hilfen zur Erziehung**, die in ihrer letzten Sitzung drei Schwerpunktthemen beraten hat.

Evaluierung der Sozialraumorientierung:

Die Sozialraumorientierung wird durch die AG78 HzE als theoretisches Konstrukt erlebt. Die Begriffe Sozialorientierung und Regionalisierung sind voneinander zu trennen. Die Regionalisierung der ASD's wird durch die freien Träger als sinnvoll und hilfreich erlebt.

Folgen durch neuen Geschäftsverteilungsplan:

Die Verhandlungen der Entgelte sind ein permanenter Prozess und gesetzlich vorgegeben. Derzeit ist die Stelle nur In Teilzeit besetzt. Diese Situation wird von den freien Trägern massiv kritisiert und ist nicht hinnehmbar. Verträge sind nicht zu Ende verhandelt bzw. können derzeit nicht verhandelt werden. Es besteht die Klagemöglichkeit durch die freien Träger.

Careleaver:

Careleaver müssen insbesondere bei der Wohnungsplanung mitgedacht werden. Über Jahre werden junge Menschen in stationärer Jugendhilfe finanziert, aber es gibt keinen angemessenen Übergang in eigenen Wohnraum. Hierzu gab es einen gemeinsamen Termin zwischen Jugendhilfe und Wohnungsamt. Insbesondere bei den UMAs liegt ein hoher Bedarf für Wohnungen vor (kein WBS erschwert massiv die Wohnraumsuche).

Des Weiteren informiert Herr Ströber über die Klausur der **Lenkungsgruppe Schule - Jugendhilfe** vom 08.03.2019, auf der folgende Themen behandelt wurden:

- Arbeitsweise der Lenkungsgruppe,

- Zwischenbericht zur Evaluation des PLUS – Programmes,
- Richtlinien Schulsozialarbeit des MBS,
- Hortbetreuung im Gesamtkonzept Schule – Jugendhilfe,
- Übergänge im Gesamtkonzept,
- Rolle der Regionalen Arbeitskreise.

Frau Parthum berichtet über die Sitzung der **AG Jugendförderung** vom 14.03.2019, in der es einen Informationsaustausch zur Umsetzung des Aktionsplans „Kinder- und jugendfreundliche Kommune“ mit der Jugendhilfeplanerin Birgit Ukrow und der Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen Stefanie Buhr gab. Dabei sicherte die AG Jugendförderung ihre Zusammenarbeit zu und beteiligt sich beispielsweise verschiedene Akteur\*innen an der Arbeitsgruppe „Kinder- und Jugendbudget 2020“ sowie am Workshop „Was ist los in Potsdam? Öffentlichkeitsarbeit für Kinder und Jugendliche“.

Die AG Jugendförderung sieht mit Sorge eine Häufung langfristiger Erkrankungen im Bereich Regionale Kinder- und Jugendhilfe, was zur Folge hat, dass einige Jugendförderthemen nicht, nur teilweise oder mit erheblichem Zeitverzug bearbeitet werden können. Für die Träger wäre zumindest eine Mitteilung durch die Verwaltung bei längerem Ausfall von Kolleg\*innen hilfreich.

Auch die Kommunalwahl wurde thematisiert. Durch den SJR wird es eine Terminkoordinierung der verschiedenen Veranstaltungen geben.

Herr Weyh teilt mit, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 1** entschieden hat, dass Frau Finke-Jetschmanegg in der Auswahlkommission zur Trägerauswahl für die Kita Fahrland mitarbeiten soll.

## zu 5 **Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates**

Frau Kabitzke informiert, dass sie gemeinsam mit Mak Kljunic am 18.03.2019 beim Kinder- und Jugendbüro den letzten Jugendhilfeausschuss ausgewertet und die heutige Sitzung vorbereitet hat. Diese Treffen finden monatlich vor dem Jugendhilfeausschuss statt, manchmal auch zusammen mit Vertretern aus dem Kreisschülerrat. Mit Unterstützung des Kinder- und Jugendbüros werden hier verschiedene Themen besprochen, auch die Rolle der Jugendvertreter im Jugendhilfeausschuss. Dabei sind die Jugendlichen zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bezeichnung des Tagesordnungspunktes „Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates“ nicht passend für das ist, was geleistet werden kann. Es wird vorgeschlagen, einen Tagesordnungspunkt „Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat“ einzurichten. Der Kita-Elternbeirat sollte einen eigenen Tagesordnungspunkt „Bericht des Kita-Elternbeirates“ bekommen.

Der Kreisschülerrat ist ein Gremium, in dem sich regelmäßig alle Schülervertreter\*innen der Schulen Potsdams treffen und der Kreisschülerrat hat sich auch sehr aktiv an Beteiligungsprozessen von Kindern und Jugendlichen eingebracht und wird dabei vom Kinder- und Jugendbüro unterstützt.

Außerdem wird gerade an einer Korrespondenz mit dem neuen Jugendsitz im Beteiligungsrat gearbeitet, den Frau Kabitzke bis Februar 2018 innehatte, um da weiteren Austausch zu ermöglichen.

Herr Otto hat gehört, dass ein Kinder- und Jugendrat installiert werden soll. Hier sollten aus seiner Sicht Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Frau Aubel berichtet, dass sie in der Vergangenheit bereits gute Erfahrungen mit einem Kinder- und Jugendparlament gemacht hat. Sie wird sich dazu mit dem Kinder- und Jugendbüro zur Beratung treffen, um so ein Gremium initiieren zu können.

Herr Kljunic fragt, warum die Jugendvertreter im Jugendhilfeausschuss kein Stimmrecht haben.

Herr Kolesnyk erklärt, dass dies im SGB VIII geregelt ist. Stimmberechtigte Mitglieder sind über die Fraktionen oder die anerkannten freien Träger der Jugendhilfe nominiert und durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Andere stimmberechtigte Mitglieder gibt es dem Gesetz nach nicht.

Herr Kljunic informiert über die letzte Fridays for Future-Aktion vom letzten Freitag und kritisiert die gefälschten Bilder, die im Internet veröffentlicht wurden.

Herr Ströber fragt, ob es durch die Teilnahme an Fridays for Future-Aktionen Probleme von Seiten der Schulen gibt.

Herr Loerch erklärt, dass einige Mitglieder des Organisations-Teams Verweise bekommen haben. Es gibt aber Bemühungen, dass die Schüler für die Aktion freigestellt werden. Eine einheitliche Regelung gibt es bisher nicht.

Frau Müller fragt, ob es von Seiten des staatlichen Schulamtes eine Regelung gibt.

Herr Loerch erklärt, dass von Seiten des Landesschülerrates Unterstützung erfolgt, um eine Freistellung der Schüler für die Aktion zu erreichen.

Herr Witzsche fragt mit Bezug auf die Rechtsaufsichtsbeschwerde zur Ermittlung der Höchstsätze nach einem Feedback. Hier bittet er um einen Zwischenstand. Er kündigt an, dass am 10.04.2019 die 2. Mitgliederversammlung des Kita-Elternbeirates in diesem Kita-Jahr stattfindet. Über die Ergebnisse wird er in der Mai-Sitzung des Jugendhilfeausschusses berichten.

Frau Aubel hat dazu den Staatssekretär angeschrieben und die Information erhalten, dass das Antwortschreiben unterwegs sein soll. Alle Jugendbeigeordneten sollen zu einem Termin eingeladen werden.

## **zu 6           Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 6.1        Stadtwald in Babelsberg entwickeln**

**Vorlage: 18/SVV/0962**

Fraktion CDU/ANW  
-Wiedervorlage -

Herr Kaiser erklärt, dass er bisher noch keine Rückmeldung aus seiner Fraktion hat, ob es inzwischen Kontakt zum Landesforst gab.

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) informiert, dass sich die Verwaltung mit dem Landesforst in Verbindung gesetzt hat und dieser erklärt hat, dass es sich um ein Gebiet des Landesforstes handelt. Dieser habe nicht vor, etwas am Status als Wald zu ändern.

Herr Kolesnyk schlägt vor, den Antrag zur Kenntnis zu nehmen, da die fachliche Zuständigkeit im Kern in einem anderen Ausschuss liegt.

**Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.**

**zu 7            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 7.1        Kinderschutzbericht 2018**

Frau Kronemann (Fachbereich Bildung, Jugend und Sport) stellt anhand einer Präsentation den Kinderschutzbericht 2018 vor. Eingangs stellt sie die Gliederung vor und gibt dann Erläuterungen zu den Verdachtsmeldungen. Sie stellt die Arbeit des Arbeitskreises Kinderschutz vor und gibt einen Überblick über die Einsätze der insoweit erfahrenen Fachkräfte in der Landeshauptstadt Potsdam.

Anschließend stellt Frau Kronemann die Bundesstiftung Frühe Hilfen gemäß § 3 Abs. 4 KKG vor und gibt dann einen Überblick über die Fachaustausche und Fortbildungsangebote.

Abschließend gibt sie einen zusammenfassenden Rückblick auf 2018 sowie einen Ausblick auf die Arbeit 2019. Sie berichtet, dass am 23.03.2019 ein Fachtag zur Netzwerkarbeit im Kinderschutz stattfindet.

Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Herr Müller teilt mit, dass es in Potsdam einen Jugendsportkoordinator gibt, der zur insoweit erfahrenen Fachkraft ausgebildet ist.

Er nimmt Bezug auf die Verdachtsmeldungen im Regionalteam 2, die fast 60 % der Meldungen insgesamt ausmachen und fragt, ob bekannt ist, warum es hier einen so hohen Anteil an Meldungen gibt.

Frau Kronemann erklärt, dass dies mit dem Wohnort zu tun hat. Sie weist darauf hin, dass es dazu durchgängigen Austausch gibt. Konkrete Gründe, woran dies liegt, können nicht benannt werden. Die Regionen sind jedoch in ihrer Größe sehr unterschiedlich.

Herr Müller verweist auf die bestätigten Fälle, die vorm Familiengericht landen und fragt, ob es hier so etwas wie den Anwalt für Kinder gibt.

Dies wird von Frau Kronemann bestätigt. Sie erklärt, dass beim Gericht die Fälle landen, bei denen es keine andere Möglichkeit gibt. Hier greift das Jugendamt als Wächteramt ein.

Herr Otto fragt, ob es eine qualitative Einschätzung bezüglich der Entscheidungen durch das Familiengericht gibt.

Herr Wollenberg warnt davor, die Entscheidungen der Gerichte bewerten zu wollen.

**zu 7.2        Sachstandsinformation zum Sanierungsplan für  
Jugendfreizeiteinrichtungen**

Herr Dr. Pokorny teilt mit, dass im vergangenen Jahr durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS) eine Aufnahme des Sanierungsbedarfs bestehender Jugendförderereinrichtungen durchgeführt wurde. Im Ergebnis entstand die Auflistung der Jugendförderereinrichtungen mit dem Sanierungsbedarf. Das

Ergebnis wurde bereits in eine Vorlage eingearbeitet, die aber nicht auf den Weg gebracht wurde. Es wurden 10 Einrichtungen identifiziert, die saniert werden müssen. Das Finanzvolumen für die Sanierung der Einrichtungen beträgt 6,1 Mio. Euro. Im Wirtschaftsplan des KIS ist bisher 1 Mio. Euro Kreditfinanzierung für das Jahr 2019 eingestellt. Für die Folgejahre erfolgte keine weitere Planung von Finanzmitteln.

Es gibt aus dem letzten Jahr die politische Zusage, dass der Jugendclub RibbeckEck vorrangig zu sanieren ist. Nach einer Einschätzung seitens des KIS entstehen Kosten in Höhe von ca. 2,5 Mio. Euro. Unter Einbeziehung des Jugendclubs RibbeckEck erhöht sich somit der Gesamtaufwand für die Sanierung von Jugendfreizeiteinrichtungen auf ca. 8,6 Mio. Euro.

In der kommenden Woche soll nochmals ein Gespräch mit dem KIS stattfinden. Nach bisherigen Aussagen des Werkleiters steht der Kredit frühestens zum Jahresende 2019 zur Verfügung. Eine weitere Aufnahme von Finanzmitteln in den kommenden Jahren ist derzeit nicht vorgesehen. Somit könnte der politische Auftrag nur bedingt angefasst werden. Sollte dieser Auftrag prioritär behandelt werden, stehen für die anderen Jugendclubs kaum bzw. gar keine finanziellen Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung.

Ziel des Fachbereichs Bildung, Jugend und Sport ist es, die benötigten Mittel bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2020/2021 aufzunehmen.

Frau Dr. Müller fragt, ob ausgesagt werden kann, wie viele Mittel von den 6,1 Mio. Euro für die Ertüchtigung des Brandschutzes benötigt werden. Hier sieht sie keinen zeitlichen Spielraum.

Herr Dr. Pokorny kann dies nicht beziffern. Er betont, dass in vielen Fällen der Brandschutz bemängelt wurde.

Herr Ströber fragt, ob es möglich ist darzustellen, wo die Betriebserlaubnis gefährdet ist.

Frau Reisenweber erklärt, dass es eine Übersicht gibt, wo der Brandschutz gefährdet ist. Die Frage der Priorisierung wird in der kommenden Woche beim Termin mit dem KIS besprochen.

Herr Otto schlägt vor, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Information gibt.

Frau Parthum spricht die Sanierung des Treffpunkts Fahrland an.

Herr Dr. Pokorny erklärt, dass der Jugendklub auch auf der Liste der zu prüfenden Einrichtungen steht.

Herr Weyh fragt, ob zusammen mit dem KIS für die Objektbegehungen in den Jugendfreizeiteinrichtungen Standards zur Bewertung entwickelt werden können. Dies könnte z.B. ein Ampelsystem sein.

### **zu 7.3      Teilrückerstattung Kita-Elternbeiträge**

Frau Aubel informiert, dass für die Stadtverordnetenversammlung am 03.04.2019 eine Beschlussvorlage erarbeitet wurde, die ab heute online abrufbar ist. In die Vorlage wurde auch die Geschwisterkind-Regelung aufgenommen. Vorgesehen ist, dass die Drucksache am 08.05.2019 durch die Stadtverordnetenversammlung

beschlossen wird.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.01.2019 zur Rückzahlung von Kita-Elternbeiträgen für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.07.2018 wurde dem MIK und dem MBS zur Verfügung gestellt. Der Beschlussentwurf für Rückzahlung von Kita-Elternbeiträgen wird schon jetzt den Ministerien zur Prüfung zur Verfügung gestellt.

Insgesamt wird mit einer Gesamtsumme von bis zu 45 Mio. Euro für die Rückzahlungen gerechnet.

Sobald die Stellungnahmen der Ministerien vorliegen, werden die Anträge zur Rückerstattung der zu viel entrichteten Elternbeiträge online zur Verfügung gestellt. Die Träger bekommen zunächst eine Abschlagszahlung.

Herr Witzsche spricht die Fristsetzung für die Beantragung der Rückzahlungen an. Da nun die Frist bis 31.10.2019 und nicht wie ursprünglich angedacht, bis 31.12.2019 gesetzt ist, bleibt den Eltern wenig Zeit für die Beantragung.

Frau Aubel erklärt, dass das Verfahren relativ zeitnah nach dem Jahresende zu Ende gebracht werden muss. Ursprünglich war als Frist für die Beantragung der 30.09.2019 geplant. Frau Aubel betont, dass es sich nicht um eine feste Ausschlussfrist handelt. Sie macht auch deutlich, dass die Hürde für die Beantragung relativ gering gehalten ist.

Herr Wollenberg fragt, ob es bereits Vereinbarungen mit den Trägern gibt, wie die Information an die Eltern gegeben wird, insbesondere bei den Kindern, die nicht mehr die Einrichtung besuchen.

Frau Aubel erklärt, dass die Information durch die Landeshauptstadt Potsdam durch Presseveröffentlichung und auf der Homepage erfolgt. Die Träger sind gebeten, die Eltern direkt anzusprechen, die noch in der Einrichtung sind und alle anderen Eltern anzuschreiben.

Es wird davon ausgegangen, dass damit der überwiegende Teil der Eltern erreicht wird.

## **zu 8      Sonstiges**

Herr Weyh verweist auf das Dialogforum „Lebendige Jugendhilfeausschüsse“ am 09.04.2019 und bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses um rege Beteiligung. Er wird die Einladung allen JHA-Mitgliedern über Frau Spyra zukommen lassen.

Frau Mischur erinnert an die Frage von Herrn Gehl im letzten Jugendhilfeausschuss bezüglich des Interesses von Kita-Trägern an dem präventiven Puppenspiel der Polizei und bittet um Rückmeldung an Herrn Gehl.

Herr Kolesnyk erklärt, dass Herr Liebe eine Abfrage bei den Trägern koordinieren wollte.

Frau Aubel weist darauf hin, dass es in der nächsten Woche ein Gespräch mit dem Finanzamt gibt, um zu klären, was Eltern tun müssen, wenn sie Elternbeiträge zurückerstattet haben wollen. Auch dazu wird eine Information an die Eltern gegeben.

Herr Loerch informiert, dass 15 Fragen an Kommunalpolitiker\*innen erarbeitet wurden, aus denen dann später ein „Kommunalwahlcheck“ des

Landesjugendrings Brandenburg“ erstellt wird. Er bittet die Fraktionen, die noch nicht geantwortet haben, das noch zu tun.

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 02. Mai 2019 2018, 16:30 Uhr**

**David Kolesnyk**  
**Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**